

Gemäß § 53 Abs. 4 GOG an die Abgeordneten verteilt

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Elisabeth Grossmann
Kolleginnen und Kollegen

betreffend die Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Integration

eingbracht im Zuge der Debatte zu Top 22, der 72. NR-Sitzung am 24. September 2008

Die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union hat sich als wertvoller und positiver Faktor in der erfolgreichen Entwicklung unseres Landes bewährt. Die unterzeichneten Abgeordneten bekennen sich daher zur Mitgliedschaft in der EU und zu einer aktiven Rolle Österreichs bei der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses.

Die Debatten rund um den Vertrag von Lissabon haben gezeigt, dass quer durch alle Mitgliedstaaten der EU die Skepsis gegenüber der Politik der EU wächst. Diese Warnsignale der Bevölkerung ernst zu nehmen, ist ein Auftrag an die Politik, um das Projekt der europäischen Integration als solches nicht zu gefährden.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind überzeugt, dass die EU sich weiter entwickeln muss und die Perspektive eines sozialen Europas zu ihrem zentralen Zukunftsprojekt machen sollte. Die EU muss zur Stärkung und Weiterentwicklung der Grundlagen des europäischen Sozialmodells beitragen, indem der Beschäftigung, den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dem nachhaltigen Infrastrukturausbau, der Bildung, Forschung und Entwicklung sowie der Alterssicherung und Bekämpfung der Altersdiskriminierung verstärkte Priorität eingeräumt wird. Sie muss auch angesichts aktueller Herausforderungen – wie der Teuerung und der internationalen Finanzmarktkrise ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen und zeigen, dass sie sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung

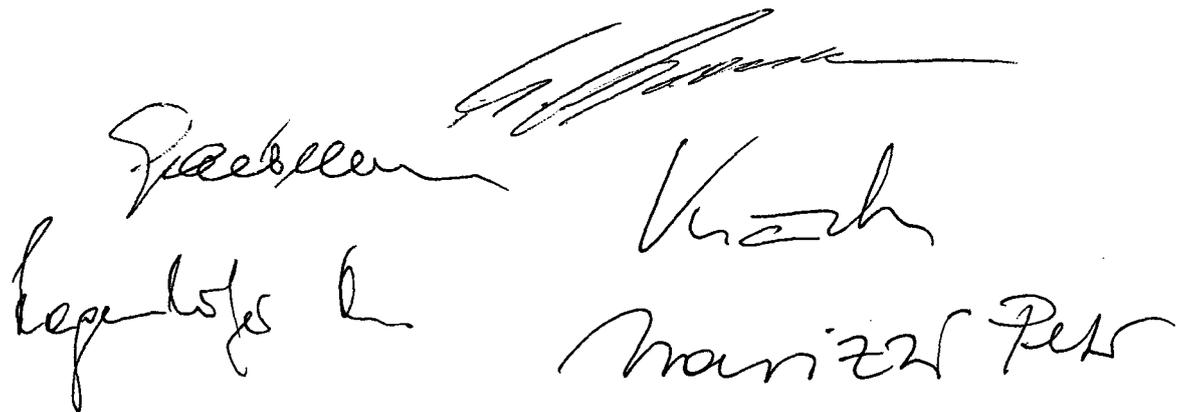
Der Nationalrat hat beschlossen:

Die Bundesregierung wird ersucht, sich mit Nachdruck für eine Vertiefung der sozialen Dimension und des sozialen Zusammenhalts in den Politiken der EU einzusetzen. Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, soziale Sicherheit sowie die Sicherung öffentlicher Dienstleistungen sollen gleichrangige Ziele neben wirtschaftlicher Integration und Geldwertstabilität sein.

Die Bundesregierung wird ersucht, sich für eine koordinierte makroökonomische Politik auf europäischer Ebene unter Einbeziehung der EZB und der Sozialpartner zumindest im Euro-Raum einzusetzen.

Die Bundesregierung wird ersucht, sich angesichts der internationalen Finanzmarktkrise und ihrer negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung für ein koordiniertes Konjunkturprogramm in der EU mit den Schwerpunkten Infrastrukturinvestitionen, Forschung und Entwicklung mit dem Ziel höherer Beschäftigung einzusetzen.

Die Bundesregierung wird ersucht, der verbreiteten Skepsis gegenüber der EU in Österreich durch konsequente Einbindung der Bevölkerung in die europäische Politik zu begegnen. Kontinuierliche Information, die in der Schule beginnen soll sowie der intensive offene und engagierte Diskurs mit den Österreicherinnen und Österreichern und die Möglichkeit, stärker gestaltend in die EU-Politik einzugreifen, sollen auch dazu beitragen, den Sorgen und der Verunsicherung der Menschen zu begegnen.



Handwritten signatures of several individuals, including: Jaebelen, Kersch, and Manitzl Per.